

# Kein Frieden mit der Bundeswehr

## Bundesweite Demonstration am 15. September 2007 in Berlin gegen die geplante Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan

3.330 deutsche Soldaten befinden sich derzeit in Afghanistan, zusätzlich noch 198 Krieger für den Tornadoeinsatz. Allein der ISAF-Einsatz in Afghanistan kostete im vergangenen Jahr über 500 Millionen €, eine Steigerung zum Vorjahr von 33%. In diesem Jahr kommen noch die gewaltigen Kosten des Tornadoeinsatzes hinzu.

Unsere Sicherheit - das Zauberwort der Politik mit dem alles begründet wird: Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan, Afrika und im Kosovo, Unterstützung des Kriegs gegen den Irak, Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen durch Geheimgefängnisse und Folter, Videoüberwachung der Bevölkerung, Ausforschung medizinischer und sozialer Daten bis hin zur Online-Durchsuchung der Computer. Dafür werden Milliarden über Milliarden ausgegeben, Geld das durch Sozialkürzungen (bei öffentlichen Einrichtungen, der Gesundheitsversorgung, Hartz IV, etc.), und Steuererhöhungen in die Kasse der Regierung gespült wird. Zu unserer Sicherheit? Über 90% der Toten sind in Kriegen bei der Zivilbevölkerung zu beklagen und das ist gewollt.

Von welcher Sicherheit reden Politiker. Es ist nicht die soziale und ökonomische Sicherheit hier und anderswo, es ist nicht die Sicherheit, nicht vergewaltigt zu werden. Für uns ist Sicherheit schon gar nicht die grenzenlose Ausbeutung der Menschen. Der Staat ist kein Sicherheitsgarant und das Militär kein Sicherheitslieferant. Im Weißbuch 2006 der Bundeswehr steht: Sicherheitspolitik soll

- die Folgen unkontrollierter Migration verhindern
- die Störung der Rohstoff- und Warenströme verhindern
- sog. Stabilisierungseinsätze durchführen d.h. militärische Unterstützung für die Wiederherstellung staatlicher Strukturen.

Die ökonomisch starken Staaten bestimmen die politischen, ökonomischen und sozialen Ziele einer Weltordnung. Hierzu führen sie ihre Kriege. Wer redet heute noch von Frauenrechten in Afghanistan, von Menschenrechten im Irak? Wie in kolonialen Zeiten, werden mit der Behauptung die „Zivilisation“ zu bringen, Genozide und Unterdrückung legitimiert. Denn es sind fast immer ehemalige – und mit Waffen bestens ausgerüstete -Verbündete des Nordens, wie die Taliban in Afghanistan, die Hutu in Ruanda oder die Milizen in der Republik Kongo, die einen Militäreinsatz aus „humanitären“ Gründen rechtfertigen sollen.

Wenn die ungerechten Handelsbedingungen des Nordens an ihre Grenzen stoßen, weil Menschen sich gegen Maßnahmen wie z.B. der Privatisierungen von Wasser wehren, weil die nationalen Ressourcen (wie Öl, Gas und andere Bodenschätze) nicht für ein paar Euro in die Metropolen verkauft werden sollen, dann wird militärisch interveniert.

Mit Millionen EU Geldern wird eine Fischfangflotte vor der Küste Schwarzafrikas subventioniert, die den Menschen dort die Fische nimmt und das Überleben unmöglich macht. Viele Menschen fliehen deshalb, um in Europa zu arbeiten. Mit Millionen EU Geldern werden wiederum in der Organisation „Frontex“ die Seegrenzen Europas abgesichert, damit die Menschen nicht hierher kommen können.

Diese EU-Grenzagentur Frontex geht auf eine Initiative von Schäuble zurück. Allein im vergangenen Jahr sind fast 5.000 Menschen aufgebracht und meist auf den afrikanischen Kontinent zurück verbracht worden. Tausende sterben jährlich an den See-Grenzen der EU. Für diese Menschen soll nicht einmal die internationale Seerettungsverpflichtung gelten.

Hochgerüstet wird auch die Innere Sicherheit. Gemeint ist damit nicht etwa die Sicherheit eines

ausreichenden Einkommens und eines Lebens in Würde für alle, in dem Rassismus und Sexismus keinen Platz haben. Gemeint ist die Absicherung der Ausbeutung weltweit und das heißt auch hier, die Löhne zu senken, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, das Letzte aus den Menschen herauszuholen. Der Krieg nach außen kehrt in die Innenpolitik zurück.

Die aktuelle Diskussion um Inlandseinsätze der Bundeswehr - umgesetzt bei der Fußball Weltmeisterschaft und beim G8 Gipfel in Heiligendamm - sind ein erster Vorgeschmack auf die nahe Zukunft. Der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik empfiehlt eine Verfassungsänderung. Die „Grundfragen der nationalen Existenz, die Frage über Krieg und Frieden, die Bestimmung, was in letzter Konsequenz im deutschen Interesse liegt und welche Opfer dafür geboten sind“ sollen nicht mehr vom Parlament, sondern vom Bundeskanzleramt entschieden werden. In dem Papier „strategic community“ werden Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen in die Sicherheitskonzepte einbezogen. Wissenschaftsbetriebe sollen enger an die Repressionsbehörden angekoppelt werden. Wirtschaftsvertreter zu größerem Engagement im internationalen Krisenmanagement bereit sein, Vereine, private Institutionen, ja alle BürgerInnen sollen sich freiwillig in die Kollaboration einbinden lassen. Die Volksgemeinschaft des Nationalsozialismus ersteht im neuen Gewand.

Alles wird unter dem Deckmantel Terrorismusbekämpfung gehandelt: sog. Gefährder ( ein neuer unbestimmter Begriff außerhalb des Rechts) sollen auf unbestimmte Zeit in Haft genommen werden, das targeted killing, die gezielte Tötung von Menschen durch den Staat – selbstverständlich ohne eine Urteil – wird diskutiert. Nur der Schutz des Gemeinwesens zählt, jeder soll sich in seinen Dienst stellen.

Auch Schäuble und Co. wissen, dass mit ihrem Sicherheitswahndenken Massaker in den Metropolen nicht zu verhindern sind. Anschläge werden weder durch oneline-Durchsuchungen von Festplatten noch durch Videoüberwachung der Bevölkerung verhindert. Erreicht wird aber eine massive Einschüchterung der Menschen, die mit dieser Politik nicht einverstanden sind.

In diesem Land ist von Kriegseuphorie, der Bereitschaft sich am Hindukusch töten zu lassen, weil wir dort angeblich unsere Interessen verteidigt werden, - noch - wenig zu spüren. Das soll sich ändern. Deswegen zieht die Bundeswehr mit ihren Infomobilen über Land und kauft sich mit Kooperationsverträgen in Schulen ein. Deshalb bemüht sie sich in Arbeitsagenturen ihre Ausbildungsplätze Arbeitslosen anzupreisen und verschweigt gerne, dass damit Auslandseinsätze zwingend gekoppelt sind. Sie verkauft die Kriege als Friedensarbeit. Begriffe wie „gerechter Krieg“, „Krieg für die Befreiung der Frauen“, „bewaffnete Pazifizierung“ oder „militärischer Humanismus“ werden kreiert, um die Akzeptanz der Einsätze zu erhöhen und KämpferInnen zu rekrutieren.

Zurück kehren militarisierte Männer, auch einzelne Frauen, die Mord als Konfliktlösung und Vergewaltigung als Kriegsstrategie erinnernlicht haben, sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ausleben, die für die massive Ausbreitung der Sexindustrie in Stationierungsnähe sorgen. Militarisierung und Krieg (re-)produzieren patriarchale Gewaltverhältnisse, in der die soldatische Männlichkeit Frauen und allen anderen überlegen sein soll und Repression als einzige Lösung erscheint. Dieser Gesellschaftsentwicklung werden wir uns widersetzen.

Wiederentwaffnung der Bundeswehr!  
Bundeswehr wegtreten!  
Kein Einsatz in Afghanistan oder anderswo!

